

Der Pienzenauer

Informationen und Meinungen der Trostberger SPD

Ausgabe 54 | September 2013



Der Wochenmarkt wird vom Parkdeck der Tiefgarage (Bild) auf den Vormarkt verlegt.

»Derf's a bisserl mehra sei?«

Der Wochenmarkt in Trostberg startet neu durch, mit einem anderen Standort, einem neuen Konzept und einem erweiterten Angebot. Ab Samstag, 14. September, wird der Wochenmarkt auf dem Vormarkt im Bereich des Brunnens seinen Einzug halten. Die bisher noch verbliebenen treuen Standlbetreiber ziehen mit um und sehen gute Chancen zur Wiederbelebung und Erweiterung des Frischwarenumschlagplatzes.

»Derf's a bisserl mehra sei?« »Aber freili, bittschön gern!« Denn mit einem Einkauf auf dem Wochenmarkt erhalten Sie neben

frischen, meist regionalen Produkten in angenehmer Atmosphäre noch je eine Portion Trostberger Lebensqualität und Identität – und das ganz umsonst! Und oft wird das passende Kochrezept auch noch mitgeliefert. Deshalb wäre es schön, wenn der neue Wochenmarkt zu einer belebten und beliebten Schnittstelle zwischen Erzeugung und Vermarktung, zwischen Standlbetreibern und Kundschaft, für Trostberg wird und auch einen Platz in Ihrer persönlichen Einkaufslandschaft findet.

Übrigens: Besucher, die den Wochenmarkt mit dem Auto anfahren wollen, können ihn bequem über den Marktmülleranger-Parkplatz erreichen. gg

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Plakate, Briefe, Postwurfsendungen, Handzettel, Anzeigen, u.v.m. flattern uns täglich ins Haus: Informationen der Parteien über die Kandidaten und ihre Programme, über Dinge, die sie zukünftig besser machen wollen. Auch wir möchten Sie informieren und Sie auf die kommenden Wahlen zum Bezirks- und Landtag sowie zum Bundestag nicht nur einstimmen, sondern Sie auch auffordern von Ihrem Recht zur Wahl Gebrauch zu machen.

In vielen Ländern sind freie Wahlen nicht möglich und wir können jeden Tag hören, wie es ist, wenn Menschen z.B. in Ägypten für Ihre Rechte auf die Straße gehen. Dabei geht es oft um Leben und Tod und auch wir mussten in unserer Geschichte um das Recht auf freie Wahlen kämpfen. Die SPD gestaltet diese Politik von Menschen für Menschen seit 150 Jahren und hat immer wieder – auch unter Lebensgefahr – Partei für Freiheit und Menschenrechte ergriffen. Die SPD war es auch, welche vor knapp 100 Jahren das Frauenwahlrecht erkämpft hat.

Bitte machen Sie von Ihrem Recht Gebrauch, informieren Sie sich, entscheiden Sie sich für Ihre Kandidatinnen sowie Kandidaten und gehen Sie zur Wahl am 15. und 22. September.

Ihr Hans-Michael Weisky
Vorsitzender SPD-Trostberg



Gestaltungsfreiheit

Endlich bauliche Gestaltungsfreiheit für alle Bauherren! Ein Stadtbaumeister ist in Trostberg völlig unnötig. Deshalb hat anscheinend Bürgermeister Schleid diese Stelle kraft seines Amtes abgeschafft. Der Stadtrat hat sich mit dieser relativen Kleinigkeit dankenswerterweise gar nicht erst befassen müssen.

Jetzt können so zum Beispiel die architektonisch überholten Häuser der »Trostberger Orgel« nach modernen Gesichtspunkten umgestaltet werden. Wie im Foto deutlich zu erkennen, werden offensichtlich schon neue,

lichtdurchflutete Räume geschaffen.

Erfreulicherweise wurde auch das Design der ursprünglich historischen, langweilig gestalteten Pfarrhofschleuse mit vier unterschiedlichen Geländen beziehungsweise Abgrenzungen eventmäßig verschönert. *hei*



Lust auf Kommunalpolitik?

Eine Einladung

Einerseits: Nach jüngsten Umfragen steht es für die Demokratie nicht schlecht: Die jüngere Generation wünscht sich keine andere Staatsform. Andererseits: Nach jüngsten Umfragen will ein großer Teil der jüngeren Generation nicht zur Wahl gehen.

Dies scheint auf den ersten Blick ein Widerspruch zu sein. Schaut man genauer hin, haben es sich viele in der Demokratie einfach nur gut eingerichtet. Es wird ja für (fast) alles gesorgt, Politiker brauchen wir schon irgendwie, aber interessieren die sich für die eigene Karriere mehr als für mich?

Politikverdrossenheit macht sich breit, ganz unschuldig ist die Politik selbst nicht, Medien heizen aber Stimmungen, Neidkomplexe und das Ohnmachtsgefühl der Bürger oft zu Unrecht an.

Die schlechte Stimmung über Politik im Großen schleicht sich leider auch an die Politik vor Ort heran. Es ist immer schwieriger, neue Mitglieder zu gewinnen, geschweige denn, diese für eine Kandidatur für den Gemeinde- oder Stadtrat zu überzeugen. Veranstaltungen der Parteien, auf denen über das informiert wird, worüber viele schimpfen, sind immer nur mit den »üblichen Verdächtigen« besucht.

Nun aber Schluss mit unserer Klage. Wir wollen Sie ganz direkt fragen: Haben Sie Lust auf Kommunalpolitik? Freilich wird ein

ganz großer Teil der Beschlüsse im Stadtrat einstimmig gefasst, oft gibt es darüber wenig Diskussionen. Aber kontrovers diskutiert und auch abgestimmt wird immer wieder: Das zeigt sich gerade an den Themen, die auch die Gemüter der Bürger und Bürgerinnen erhitzen, zum Beispiel bei den Parkplätzen am Königshof. Trostberg wird auch zukünftig gerade bei der Entwicklung der Altstadt, bei der Bautätigkeit, in der Kultur und bei der Verwendung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel interessante Aufgabenstellungen haben.

Im nächsten Jahr sind Kommunalwahlen. Die Karten werden neu gemischt, die Zusammensetzung des Stadtrates wird eine andere sein. Haben Sie Lust? Überlegen Sie es sich und nehmen Sie Kontakt zu uns auf! *az*

Rentenpolitik – Diskussionsabend in Trostberg

Rente, Erwerbsarmut und Altersarmut waren die Themen

Die heimische SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Bärbel Kofler und der Ortsvorsitzende Hans-Michael Weisky hatten ein volles Haus im Hotel Pfaubrau beim Vortrag des Bundestagsabgeordneten und Rentenspezialisten Anton Schaaf. Laut Einführung von Bärbel Kofler sind im Landkreis Traunstein

ca. 48.600 Personen älter als 60 Jahre (28 % der Bevölkerung!), was deutlich macht, wie wichtig die Rente ist, die eine entsprechende Lebens- und Arbeitsleistung widerspiegelt. Aufgrund der deutlichen Steigerung von Niedriglöhnen, Minijobs und befristeten Arbeitsplätzen ist es meist nicht möglich, ausreichend Rentenansprüche aufzubauen. Altersarmut ist vorprogrammiert – Erwerbsarmut oft der Auslöser.

MdB Anton Scaaf erläuterte die Grundzüge des SPD-Rentenkonzepts:

»Rentenpolitik und Arbeitsmarktpolitik stehen in enger Verbindung zueinander,



deshalb fordert die SPD einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro und die Stärkung der Tarifbindung mit höheren Löhnen und Gehältern in Deutschland. Denn nur wer ordentlich verdient, hat auch im Alter einen Anspruch auf eine ordentliche Rente«, so An-

ton Schaaf. Zudem führte er an, dass die SPD eine Solidarrente von 850 Euro bei einer Regierungsübernahme einführen möchte. Sie Sorge dafür, dass für langjährige Versicherte, die 30 Beitragsjahre oder 40 Versicherungsjahre aufweisen können, die Rente nicht unter 850 Euro liegen darf. Zudem soll es in Zukunft möglich sein, ab einem Alter von 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren ohne Abschläge in Rente gehen zu können. Gerade für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,

die schon mit 15 Jahren ihre Lehrzeit begonnen haben und für Mütter, die aufgrund von Erziehungszeiten ihre 45 Versicherungsjahre schon mit 63 Jahren geleistet haben, wäre diese Regelung eine enorme Verbesserung. Außerdem wies er darauf hin, dass zukünftig alle Erwerbstätigen, also Beamte, Selbstständige und auch Abgeordnete in das gesetzliche Rentensystem einzahlen sollten. Im Anschluß wurden Themen wie Riesterre, Rentenansprüche von Frauen, private



Vorsorge, Erwerbsminderungsrente und vieles andere heftig diskutiert und Fragen fachkundig beantwortet. mb

Keine Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung durch die Hintertür

Leider ärgern sich die Bürgerinnen und Bürger (und die Medien) über neue Missstände erst, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, deshalb ist es wichtig, wenn ich auf drohende Fehlentscheidungen hinweise: die EU-Kommission plant nach wie vor alles Ernstes – »angeschoben« durch Lobbyisten wie den Veolia-Konzern – gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Deutschen, die Privatisierung der Trinkwasserversorgung durch die Hintertür zu erzwingen.

Mit der EU-Richtlinie zur Dienstleistungskonzession würde die vergaberechtsfreie Wasserversorgung einer Ausschreibungspflicht unterworfen und damit die Belieferung der Menschen mit Trinkwasser de facto privatisiert. Der große Traum von der Liberalisierung, aus Wasser ein Konsumgut zu machen, wäre das Ende der öffentlichen Stadtwerke und kommunalen Wasserbetriebe, die sich beispielsweise lt. Bayerischer Verfassung (Art 83 (1) BV) am Gemeinwohl und nicht an der Profitmaximierung orientieren müssen.

Es ist beschämend und zeigt ein Höchstmaß an Unwissen, wenn das schwarz-gelbe Bundeskabinett inklusive der CSU-Minister (Sitzung 10.12.2012) den Entwurf des Binnenmarktkommissars Barnier zur EU-Dienstleistungskonzessionsrichtlinie billigt, das zuständige Wirtschaftsministerium diese Position dann im EU-Ministerrat vertritt.

Erst die europaweiten Proteste (www.right2water.eu) führten zu einem Umschwenken aller Parteienvertreter außer der FDP. Damit ist die Sache nur aufgeschoben.

Sorgen Sie mit ihrer Stimme bei den Landtags- und Bundestagswahlen im September dafür, daß die Wasserversorgung in öffentlicher Hand bleibt. Erfahrene Politiker wie der Münchner Oberbürgermeister Christan Ude werden auch in Zukunft für das Reinheitsgebot beim Trinkwasser sorgen.

Ihr Dirk Reichenau

Hans-Michael Weisky – Direktkandidat für den Bezirkstag

Jahrgang 1958, verheiratet, vier Kinder, stellvertretender Technischer Leiter



Der soziale Bereich, die Arbeit und der Umgang mit Menschen ist ein Teil meines Lebens (aktive Arbeit im BRK seit 1975) und ich möchte auch zukünftig gerne für Menschen, die Hilfe benötigen, Ansprechpartner und Unterstützer sein. Für die Menschen in meinem Wahlkreis liegen mir drei Themen besonders am Herzen:

► **Schnelle und unbürokratische Hilfe in Notfällen**

Hilfsbedürftigen Menschen ob in der Pflege, bei Erkrankungen oder sonstigen Ereignissen muss ein Leben in Würde, mit guter Pflege und Betreuung sowie Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden.

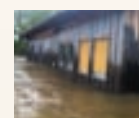
► **Reform der Bezirke**

Um Synergieeffekte zu erreichen und Steuermittel zu sparen, ist eine umfassende Reform unserer mittleren Verwaltungsebene unumgänglich.

► **Kunst und Kultur für alle**

Kunst und Kultur ist möglichst für viele Menschen erfahrbar zu machen. Sie darf nicht bestimmte Gruppen ausgrenzen, sie muss Zugang schaffen zur Kunst der Vergangenheit und Gegenwart.

*Hier möchte ich meine Erfahrungen einbringen zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger in der Stadt, im Landkreis und Bezirk.
Bitte gehen Sie zur Wahl! Ich freue mich über Ihre Stimme!*



Informationen vor Ort gesammelt, u.a. HPZ Ruhpolding, Holzknechtmuseum Ruhpolding, Kreislaltenheime (hier Palling), Wilhelm-Löhe-Heim Traunreut, Dorferneuerung in Peterskirchen, Gremienarbeit im BRK, Besuch der Hochwasseropfer, Besuch von Festveranstaltungen (v.l.n.r.)



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Trostbergerinnen und Trostberger,

am 22.09.2013 stelle ich mich zur Wahl als Bundestagskandidatin im Wahlkreis Traunstein. Die SPD hat klare Ziele. Kurz vor der Wahl möchte ich Ihnen diese hier näher bringen. Seit 150 Jahren ist soziale und gerechte Politik nur mit einer Partei verbunden: Der SPD.

Ihre
Bärbel Kofler



► Gerechte Löhne, mindestens 8,50 Euro

Arbeit ist die Grundlage unseres Wohlstandes – und nicht die Zockerei auf den Finanzmärkten. Die Menschen verdienen für ihre Arbeit Anerkennung, Respekt und einen ordentlichen Lohn.

► Mehr Ganztagsbetreuung, 20 Milliarden Euro mehr für Bildung

In Deutschland sind die Chancen für Kinder sehr ungleich verteilt. Denn immer noch hat der Erfolg in der Schule, Ausbildung oder an der Uni vor allem etwas mit dem Kontostand der Eltern zu tun. Kinder brauchen optimale Förderung und Ausbildung, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

► Kitas statt Betreuungsgeld

Viele Frauen und Männer in Deutschland müssen sich immer noch entscheiden: Zeit für die Kinder oder im Beruf vorankommen. Beides geht oft nicht – weil Betreuungsplätze fehlen und weil Arbeitszeiten wenig flexibel sind. Der Staat fördert zudem vor allem wohlhabende Familien: Die steuerliche Entlastung bei Besserverdienenden ist deutlich höher als das Kindergeld. Das muss sich ändern. Nur mit der SPD gibt es eine moderne Familienpolitik.

► Sichere Renten

Viele Menschen sorgen sich, dass die Rente im Alter nicht reicht. Zum Beispiel, wenn sie früh angefangen haben zu arbeiten, nun aber nicht mehr können. Andere haben viele Jahre gearbeitet und sind trotzdem auf staatliche

Hilfe angewiesen weil sie z.B. zu wenig verdienen. Die SPD will sichere Renten für alle und sagt der Altersarmut den Kampf an – mit einem schlüssigen Rentenkonzept und der Solidarrente von 850 Euro.

► Gerechte Steuern und Kampf gegen Steuerbetrug

Jeder Staat braucht solide Finanzen. Die Basis dafür sind Steuern. Als ersten Schritt brauchen wir eine Finanztransaktionssteuer, damit die Verursacher der Finanzkrise einen substanziellen Beitrag an den Folgekosten übernehmen. Die SPD will Steuerhinterziehung in Deutschland stoppen. Mit gerechten Steuern sollen auch Spitzenverdiener ihren angemessenen Anteil für die Gesellschaft leisten.



Die gebürtige Freilassingerin Dr. Bärbel Kofler sitzt seit 2004 im Deutschen Bundestag.

Aktuell ist sie im *Umweltausschuss* und im *Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* tätig, dort ist sie stellvertretende Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Impressum

Herausgeber
SPD Trostberg, www.spd-trostberg.de

Verantwortlich
Hans-Michael Weisky, Blindreiter Str. 21, 83308 Trostberg

Mitarbeit
Franz Sedlmeier (fs), Hans-Michael Weisky (hmw),
Gisela Gehrmann (gg), Peter Berg (pb), Anton Zeitlmayr
(az), Walther Heinze (hei), Martin Baumann (mb)

Fotos
Franz Sedlmeier, Hans-Michael Weisky, Walther Heinze,
Gisela Gehrmann, Peter Berg, Archive

Layout
christoph an der alz
illustration | grafik | typografie
www.christophanderalz.de
www.facebook.com/christophanderalz

Kontakt
hans-michael.weisky@spd-trostberg.de

Auflage: 5.000

Aus rechtlichen Gründen müssen wir
folgenden Hinweis im Impressum
veröffentlichen:
»Pienzenauer« ist ein eingetragenes
Markenzeichen der Handelshaus Klein GmbH